

STADT GRÜNE STADT

Newsletter der Stadtfraktion Marburg von Bündnis 90 / Die Grünen

Mai 2015

Windkraft in Marburg ausbauen!

Die Entscheidung zugunsten des Artenschutzes am "Lichter Küppel" war konsequent und richtig! – Trotzdem wollen wir unser Engagement für die dezentrale Energiewende auch in Marburg fortführen.

Die Grüne Fraktion bedauert das „Aus“ für die beiden Windenergieanlagen am "Lichter Küppel", weil dort mit den prognostizierten sehr guten Windenergieerträgen Marburg einen wichtigen Beitrag zur dezentralen Energieversorgung in Hessen hätte leisten können. Erst im April wurde sichtbar, dass in der näheren Umgebung ein Rotmilanpaar brütet und den Bereich der geplanten Anlagenstandorte überfliegt. Das Regierungspräsidium wird deshalb aus naturschutzrechtlichen Gründen keine Genehmigung erteilen. Wir bedauern und respektieren dies, weil wir wissen, dass neben dem Klimawandel der Verlust an biologischer Vielfalt das zweite große Umweltproblem ist. Wir müssen das Eine tun, ohne das Andere zu lassen.

Klimaschutz vorantreiben und biologische Vielfalt erhalten

Das bedeutet gleichzeitig, dass wir weiter nach geeigneten Plätzen suchen müssen, wo in Marburg und Umgebung Windenergieanlagen in Einklang mit dem Naturschutz errichtet werden können.

Die konservativen Parteien Marburgs, allen voran die CDU, üben sich in Kurzsichtigkeit und glauben die Gelegenheit gefunden zu haben, Windenergie in Marburg völlig auszuschließen nach dem Motto: Grundsätzlich sind wir ja dafür – aber nicht vor der eigenen Haustür. Sie greifen populistisch haltlose Behauptungen von Windkraftgegnern auf, statt sich um eine Lösung der Probleme zu bemühen, wie die Energiewende vor Ort realisiert werden kann. Damit torpediert die Marburger CDU die Umsetzung der Energiewende und stellt sich gegen die Linie ihrer eigenen Bundes-, Landes- und Regionalfraktionen. Auch

die Marburger SPD hat sich schwer getan, sich letztlich für die Windkraft auszusprechen.



Dr. Elke Neuwohner: Klares Bekenntnis zu erneuerbaren Energien!

Wir erinnern uns: Nach Fukushima waren sich alle einig. Der Ausstieg aus der Atomenergie wurde über alle Parteigrenzen hinweg mit breiter Mehrheit beschlossen. Konsens bestand auch darüber, dass unser Land weiterhin eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen sollte - durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, durch eine effizientere Gestaltung des notwendigen Energiebedarfs und vor allem durch einen verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Der „Hessische Energiegipfel“ kam Ende 2011 zu dem Ergebnis, dass für die Windenergie 2 % der Landesfläche genutzt werden soll.

Die Regionalplanung hat neben dem

"Lichter Küppel" auch Flächen auf den nördlichen Lahnbergen und nahe des Pharmastandortes Görzhäuser Hof ausgewiesen. Die Windmessungen auf dem "Lichter Küppel" haben ergeben, dass mit den beiden hier geplanten Anlagen insgesamt ca. 16 Mio. kWh/Jahr produziert worden wären. Das hätte für gut 5.000 Marburger Haushalte gereicht und ließ eine gute Wirtschaftlichkeit der Anlagen erwarten.

Als Naturschutzpartei nehmen wir Grüne die Bedenken der Marburgerinnen und Marburger ernst. Wir setzen uns auch bei weiteren Planungen für die Klärung aller geäußerten Fragen ein (s. Rückseite mit den Antworten zu Fragen beim Stadtwerke-Projekt „Lichter Küppel“). Die Detailprüfungen im Genehmigungsverfahren sorgen dafür, dass weder die Marburger Bürgerinnen und Bürger durch Lärm, rhythmischen Schatten u. Ä. wesentlich beeinträchtigt werden, noch besonders wertvolle Lebensräume der Natur oder bedrohte Arten in der Tierwelt durch mögliche Anlagen dauerhaft gefährdet werden. „Natürlich ist eine Windkraftanlage ein Eingriff in die Natur und gefährdet manche Vögel. Ein ungebremster Klimawandel würde allerdings ein wesentlich weitreichenderes Artensterben nach sich ziehen. Bei der Energiewende dürfen wir uns nicht unsolidarisch wegducken, sondern müssen die Maßnahmen, die wir woanders in Hessen für zumutbar halten, auch hier bei uns umsetzen“, so Dr. Elke Neuwohner, Mitglied der Marburger Grünenfraktion.

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!“



Element einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft

Eine lebendige Demokratie ist ohne Mitbeteiligung und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar. Deshalb ist es für die Marburger Fraktion der Grünen ein wichtiges Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger bei den Entscheidungen über das Zusammenleben und die Entwicklung der Stadt einzubeziehen. Wir haben uns daher dafür eingesetzt, dass auch in Marburg vermehrt Verfahren der Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Durch Bürgerbeteiligungsverfahren werden Betroffene und Interessierte frühzeitig in Planungsprozesse einbezogen, damit ih-

re Meinungen und Vorschläge bei den abschließenden Entscheidungen berücksichtigt werden können. „In den vergangenen Jahren haben wir in Marburg bei zahlreichen formellen und informellen Beteiligungsverfahren vielfältige Erfahrungen damit gewonnen, überwiegend positive – wie zum Beispiel bei den Workshops zur Verkehrsentwicklung in der Nordstadt“ sagt Dr. Christa Perabo, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen.

Für zwei in der Stadtgesellschaft sehr strittige Themen hat die grüne Fraktion die neue Beteiligungsform der Bür-

gerbefragung erfolgreich angeregt und dabei auch die Möglichkeit der Befragung von Jugendlichen ab 16 Jahren eröffnet. Mit der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung zur Einrichtung weiterer Ortsbeiräte in der Innenstadt (die Befragung zum Windkraftstandort Lichter Küppel ist hinfällig geworden, siehe Artikel S. 1) betreten wir in Marburg Neuland. Auch in Zukunft möchten wir direkte Befragungen der Stadtgesellschaft als Verfahren zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung neben den bisher bereits praktizierten in Marburg einsetzen.

Bürgerbefragung zu Ortsbeiräten in der Innenstadt

Grüne und SPD haben im Koalitionsvertrag im Abschnitt „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ die Vereinbarung getroffen: „Im Innenstadtbereich können Ortsbezirke und Ortsbeiräte gebildet werden, sofern dies der Wunsch der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger ist.“

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Stadtteile Oberstadt, Südstadt und Weidenhausen haben inzwischen in Unterschriftensammlungen diesen Wunsch in die Öffentlichkeit getragen. Dass dort bisher keine Ortsbeiräte eingerichtet worden sind, liegt am starken Gegenwind der als Vereine organisierten Stadtteilgemeinden, die in den Parteien SPD und CDU stark verankert sind und befürchten zukünftig weniger Einfluss und Mittel zu haben. „Nach ihrem Selbstverständnis halten sich die Stadtteilgemeinden auch für die politischen Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Quartieren. Gleichzeitig behaupten sie, Ortsbeiräte seien zahnlose Tiger, deren Bedeutung gering sei bzw. deren Entscheidungen keinen Einfluss auf Entscheidungsprozesse im Stadtparlament haben“, so Dietmar Götting, Fraktionsvorsitzender der

Grünen. Tatsache ist, dass Ortsbeiräte in der Stadtgesellschaft wichtige Entscheidungs- und Beteiligungsfunktionen



übernehmen und im Gegensatz zu den als Vereine organisierten Stadtteilgemeinden ein durch Wahlen demokratisch legitimes Beteiligungsgremium sind.

Schon im November 2012 hatte die Stadtverordnetenversammlung die gestiegene Bedeutung der Ortsbeiräte für die politische Willensbildung, die in der Hessischen Gemeindeordnung neu definiert wurde, durch Erweiterung der Rechte der Marburger Ortsbeiräte in der Geschäftsordnung nachvollzogen. So müssen Ortsbeiräte bei allen Angelegenheiten, die den Stadtteil betreffen, wie z.B. bei Fragen der Verkehrsführung oder der Gestaltung des öffentlichen Raumes beteiligt werden. Durch einen ganz aktuellen Beschluss

der Stadtverordnetenversammlung vom April, der einstimmig von allen Fraktionen gefasst wurde, soll bis zu den nächsten Kommunalwahlen 2016 gemeinsam mit den Ortsbeiräten ein erweitertes Beteiligungskonzept entwickelt werden, um den Ortsbeiräten zusätzliche Entscheidungskompetenzen u.a. Budgetrecht zu übertragen.

Die Grüne Fraktion unterstützt deshalb den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger in der Kernstadt, die die Entwicklung ihres Stadtteils mitbestimmen und -gestalten wollen. Die Bürgerbefragung richtet sich an alle direkt Betroffenen in den Stadtbezirken, in denen es bisher keine Ortsbeiräte gibt.

Wir freuen uns über eine positive Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger für aktive Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Nutzen Sie die Möglichkeit der ersten Bürgerinnen- und Bürgerbefragung in Marburg und nehmen Sie daran teil!!!

Beim Radverkehr tut sich was

GRÜNE
STADTFRAKTION
INFORMIERT



Seit 1960 wurde die „autogerechte Stadt“ zum Leitbild deutscher Stadtplanung. Seitdem wuchs die Verkehrsfläche für den motorisierten Verkehr überproportional. Radwege gab es so gut wie keine. Fußgänger wurden auf schmale Bürgersteige, in Tunnel und auf Überführungen verdrängt, Kinder von den Eltern zu Schul- und Freizeitangeboten chauffiert, weil sichere Fuß- und Radwege fehlten.

Inzwischen hat die Radverkehrsentwicklung erfreulicherweise auch in Marburg Fahrt aufgenommen. Wichtige Radverbindungen wurden gebaut: am rechten Lahnufer von der Nordstadt zum Elisabeth-Blochmann-Platz, von dort über den Bootsverleih zum Hirsefeldsteg. Erst letztes Jahr wurde der Fuß- und Radweg am Gleispark fertiggestellt, der das Sackgassenende der Alten Kasseler Straße mit der Waggonhalle und der Rudolf-Bultmann-Straße verbindet. Damit rücken Waldtal, nördlicher Ortenberg und Nordstadt zusammen.

Mit dem Verkehrskonzept Nordstadt ist ein weiterer, bedeutender Baustein für das Radverkehrsnetz auf den Weg gebracht worden. Selbst für die Gewerbetreibenden der Nordstadt ist inzwischen die Aufenthaltsqualität vor ihren Schaufenstern wertvoller als Parkplätze vor der Tür.

Mittlerweile haben viele Straßen Radfahrstreifen und es gibt zunehmend Fahrradschleusen. Beide Maßnahmen tragen erheblich zur Sicherheit des Radfahrens bei. Seit Frühjahr 2014 ermöglicht das Call a Bike Fahrradverleihsystem nicht nur Studierenden große Flexibilität im sinnvollen Wechsel der Verkehrsmittel.

Aber es gibt noch viel zu tun: wichtige Radverbindungen zu und zwischen den Außenstadtteilen müssen in den nächsten Jahren weiter geplant und gebaut werden, wie auch die Brücke am Afföller Wehr und Radwege von der Stadt auf die Lahnberge. Auch die Ampelschaltungen müssen so verändert werden, dass für RadfahrerInnen

ein zügigeres Vorankommen ermöglicht wird. Die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen muss verstärkt möglich werden und das längst geplante Fahrradparkhaus am Bahnhof errichtet werden, sowie sichere, raumsparende Fahrradabstellanlagen für die immer teurer werdenden Fahrräder, etwa an den Park&Ride-Parkplätzen, am Oberstadt-Aufzug oder am geplanten Ortenberg-Aufzug (am Gleispark).



Dr. Elke Neuwohner, Sprecherin des Fraktionsarbeitskreises Nahmobilität liegt die Weiterentwicklung des Radverkehrskonzeptes am Herzen. „Für uns Grüne ist die Beteiligung der Marburger Bürger und Bürgerinnen daran selbstverständlich.“

Sozialer Klimaschutz am Richtsberg auf dem Weg

Gut Ding braucht Weile. Im Sommer 2011 hat die grüne Fraktion den Antrag eingebracht, nun kann es losgehen. Mit jährlich 850.000 € wird die Stadt ab 2015 die energetische Sanierung der GeWoBau-Wohnungen am Richtsberg unterstützenden. Bis 2030 soll so der Wohnungsbestand im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes für die Zukunft fit gemacht werden.

Mobilität Lahnberge

Das Klinikum wächst, die Uni auf den Lahnbergen wächst und die Bewältigung des täglichen Verkehrsaufkommens wird immer schwieriger. Im Jahr 2020 werden täglich mehr als 10.000 Menschen zwischen der Innenstadt und den Lahnbergen pendeln.

Die jetzt vorgelegte Studie der Kasseler „Planungsgruppe Nord“ entwirft zwei Szenarien, wie diese Mobilitätsanforderungen bewältigt werden können, und das bei sinkendem CO₂-Ausstoß. Dabei zeigt sich, dass die Variante mit einer Seilbahn zwischen Uferstraße und Klinikum die Aufgabe deutlich besser erfüllen kann als die Variante ohne.

„Deshalb werden wir Grüne uns weiterhin dafür einsetzen, die üblichen Möglichkeiten wie Bus, KFZ und Radverkehr zu verbessern und durch eine Seilbahn zu ergänzen. Voraussetzung ist jedoch die Einbindung in den ÖPNV (kostenlos

für Semesterticket- und Zeitkartenbesitzer) und die Förderung durch das Land. Das wäre sauberer, schneller und billiger als zusätzliche Busse“, so Marco Nezi, Mitglied des Bau- und Planungsausschusses.

Mit dem Zuschuss wird es möglich, die Kosten der energetischen Sanierungen für die GeWoBau derart zu drücken, dass die Warmmiete für die Mietparteien auch nach den Baumaßnahmen nicht steigen wird, und damit bezahlbar bleibt. „Klimaschutz nicht nur für Häuslebauer sondern auch im sozialen Wohnungsbau. Geht doch!“, meint Hans-Werner Seitz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Welche Beeinträchtigungen durch Windkraftanlagen kann es geben?

Wie werden Mensch und Umwelt davor geschützt?

Uwe Volz, Vorsitzender des Unterausschusses

Antworten auf häufig gestellte Fragen:

Ist der von Windenergieanlagen ausgehende Lärm schädlich?

Da Lärm das Leben und die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen kann, müssen sie auch vor Lärm, der von Windenergieanlagen ausgeht, geschützt werden. Dazu dient das immissionsschutzrechtliche Verfahren, mit dem durch qualifizierte Lärmprognosen nachgewiesen werden muss, dass die Lärmbelastung in den nächstgelegenen Wohngebieten unter den für allgemeine Wohngebiete geltenden Grenzwerten von 40 dB (nachts) liegt. Die Schallimmissionsprognose, die die Stadtwerke bereits erstellen ließ, kommt zum Ergebnis: an keiner Stelle der nächstgelegenen Wohngebiete ist mit mehr als 35 dB (nachts) zu rechnen.



Welche Rolle spielt der Infraschall bei Windkraftanlagen?

Infraschall wird ein Bereich des Schallspektrums genannt, der tiefer ist als die tiefsten Basstöne, die ein Mensch hören kann. Obwohl also nicht hörbar können die Schallwellen bei sehr ho-

hen Schallpegeln gespürt werden. Nach Auswertung zahlreicher wissenschaftlicher Studien sieht das Baden-Württembergische Landesamt für Umwelt keine schädlichen Wirkungen durch Infraschall von Windenergieanlagen, da die Schallpegel viel zu niedrig sind. Sie sind beispielsweise deutlich geringer als die von Verkehrsmitteln wie Autos oder Flugzeugen erzeugten Infraschallpegel.

Verursachen Windkraftanlagen rhythmische Verschattungen?

Wenn die Sonne hinter einer Windkraftanlage auf- oder untergeht, kann es durch die sich vor der Sonne drehenden Rotorblätter zu einer rhythmischen Verschattung kommen. Sie wird in der Regel als starke Belästigung empfunden, wenn man ihr über längere Zeit hinweg ausgesetzt ist. Deshalb sieht das Immissionsschutzrechtliche Verfahren Sachverständigen-Prognosen über die mögliche Beschattungsdauer vor. Mit der Genehmigung der Windkraftanlage ist die Auflage verbunden, dass sie abgeschaltet werden muss, wenn Anwohner einer Schattenwurfdauer von mehr als 30 Min./Tag und mehr als 8 Std./Jahr ausgesetzt sind.

Was bedeutet der ‚Diskoeffekt‘ bei Windkraftanlagen?

Damit wird die Spiegelung der Sonne auf den Rotorblättern bezeichnet, die zu einem Stroposkop-artigen Lichtblitz führt, wie man ihn aus Diskotheken kennt. Diesen Effekt gab es nur in der Frühzeit der Windenergienutzung. Seit ca. 15 Jahren dürfen die Rotoren nur noch mit nicht-spiegelnden Lackierungen versehen werden. Den Diskoeffekt, gibt es deshalb nicht mehr.

GRÜNE
STADTFRAKTION
INFORMIERT



Wieviel Wald muss für zwei Windräder gerodet werden?

Gerodet wird nur die Fläche, die zum Bau der Anlagen nötig ist, d.h. für den Bereich der Fundamente und der Kranstellfläche (für etwaige Wartungsarbeiten). Die nur baubedingte Rodung ist temporär und wird anschließend wieder aufgeforstet. Für zwei Anlagen z.B. am Lichter Küppel wäre eine dauerhafte Rodung von 0,78 ha notwendig gewesen, für die an anderer Stelle eine Ersatzaufforstung hätte angelegt werden müssen.

Gefährden Windkraftanlagen den Biotop- und Artenschutz?

Die artenschutzrechtliche Prüfung ist der aufwendigste Teil des Genehmigungsverfahrens. Ein Jahr lang muss untersucht werden, ob und in welcher Weise Vögel und Fledermäuse die Umgebung der geplanten Windenergieanlagen nutzen. Wenn unklar ist, ob der Artenschutz durch entsprechende Maßnahmen naturschutzrechtskonform gewährleistet werden kann, wird eine solche Windenergieanlage im immissionsschutzrechtlichen Verfahren nicht genehmigt. Bei zeitweisen Gefährdungen sind Auflagen wie die Abschaltung der Anlage vorgesehen, wenn z.B. die Vogelschutzwarte Brandenburg massenhaften Kranichzug und gleichzeitig schlechtes Wetter meldet.

Impressum

V.i.S.d.P.:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stadtfraktion Marburg, Dietmar Götting
Frankfurter Str. 46, 35037 Marburg

Druck:

msi-media serve international gmbH
Gedruckt auf Recyclingpapier
aus 100% Altpapier